

Initiative Zukunft Bethanien - IZB -

Haus Bethanien – Südflügel – Mariannenplatz 2
10997 Berlin - Fon: 0179 851 77 00
initiative@bethanien.info - www.bethanien.info



Berlin, 24. Januar 2007

Offener Brief der Initiative Zukunft Bethanien:

Kalkulatorische Kosten, Äpfel und Melonen – der konstruierte Zwang zur Privatisierung öffentlichen Eigentums!

Aufgrund eines Haushaltstricks ist es für die Berliner Bezirke billiger, fremde Gebäude anzumieten, anstatt eigene zu nutzen. Der konstruierte Verkaufszwang funktioniert mittels eines Buchungstricks und der Ansetzung so genannter kalkulatorischer oder budgetunwirksamer Kosten. Öffentlich bekannt wurde die absurde Rechenlogik u.a. durch das BürgerInnenbegehren zur Zukunft des Bethanien. Gegen diesen konstruierten Privatisierungszwang protestierten 2006 die BerlinerInnen und Berliner - wahrscheinlich ohne es zu wissen - bereits mit dem BürgerInnenbegehren zum Bethanien in Friedrichshain-Kreuzberg, zum Kulturzentrum Bagatelle in Reinickendorf sowie zur Schliessung der Coppi-Schule in Lichtenberg mit dem darauf folgenden BürgerInnenentscheid. Die Privatisierung dieser Gebäude wurde zwar abgewendet, die absurde und falsche Bewertung bezirkseigener Gebäude ist allerdings immer noch aktuell.

Im September 2006 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung-Friedrichshain-Kreuzberg auf Druck der Initiative Zukunft Bethanien (IZB) die Drucksache DS/2173-2/II zum „Umgang mit kalkulatorischen Kosten“, in welcher eine Überprüfung der absurden Regelungen beschlossen wurde. Die Ergebnisse sollen Anfang dieses Jahres in einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert werden. Zur Vorbereitung hat die IZB noch einmal recherchiert. Die Ergebnisse können unter www.bethanien.info eingesehen werden.

Was wir schon vermutet hatten, können wir nun detaillierter belegen: Die neu eingeführte Kosten- und Leistungsrechnung des Landes Berlin produziert völlig absurde Ergebnisse: Letztendlich entscheidet die Tatsache, ob der Schulunterricht in einem öffentlichen oder angemieteten Gebäude stattfindet darüber, ob ein Bezirk Millionenverluste verbuchen muss. Der Zwang zur Privatisierung öffentlicher Gebäude ist so stark wie nie zuvor.

Die absurde Bewertung öffentlicher Gebäude: Ausgangspunkt Bethanien

Im Zusammenhang mit der Neukonzeption des Liegenschaftsfonds Berlin (Lifo), wurde beschlossen, dass sämtliche Immobilien, die sich im Finanzvermögen der Bezirke befinden, entweder an den Lifo abgegeben und verkauft oder aber einem Fachvermögen der Bezirke zugeordnet werden. Seit dem Jahr 2006 berücksichtigt das Land Berlin vollständig haushaltswirksam für Gebäude im Fachvermögen der Bezirke so genannte kalkulatorische oder budgetunwirksame Kosten. Dahinter verbirgt sich, daß die Bezirke für ihre Gebäude eine fiktive Kapitalverzinsung bezahlen müssen. So werden laut Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin, Schreiben vom 14. April 2006, SenFin - II B - GR 2002-7/2005) die kalkulatorischen Kosten für Gebäude berücksichtigt, „um die Kosten widerzuspiegeln, die durch die Bindung von Kapital anfallen.“

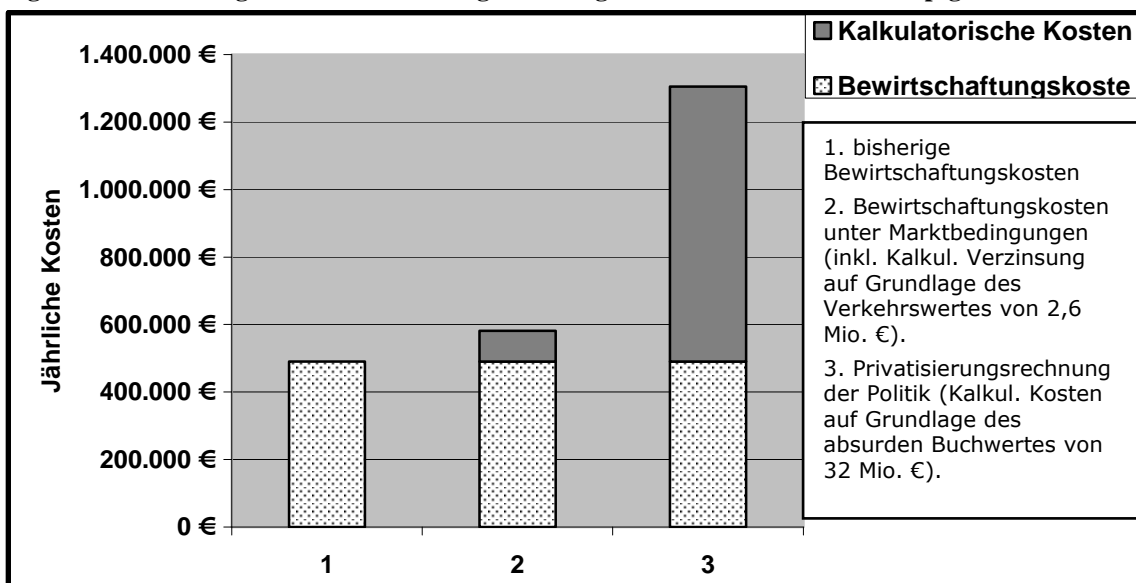
Das Ausmaß der absurden Rechenlogik des neuen Systems der Haushaltszuweisungen wurde am Fall des Bethanien offensichtlich, als der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine Kostenschätzung für den Verbleib des Gebäudes in öffentlicher Hand vorlegte:

Im Fall des Bethanien-Hauptgebäudes wird der **Verkehrswert**, also der Preis der sich vermutlich durch einen Verkauf des Gebäudes realisieren lässt und der damit eine Annäherung an den **Kapitalwert** liefert, auf einen Betrag von 2,6 Mio. € bemessen.

Als Berechnungsgrundlage für die Kapitalverzinsung nehmen die Berliner Bezirke jedoch anstatt dem Verkehrswert den **Wiederbeschaffungswert oder Neuwert**: dieser wird allerdings auf 32 Mio. € veranschlagt und gibt eine Annäherung an den historischen Wert wieder, also wenn man das Gebäude historisch exakt identisch wieder **neu erstellt** und wird üblicherweise zum Abschluss einer Feuerversicherung verwendet. Leider verwechselt SenFin wohl Äpfel und Melonen: Beide sind rund, allerdings doch irgendwie unterschiedlich...

Und auf diesen absurden Buchwert soll der Bezirk nun (Kapital) **Zinsen bezahlen**.

Abbildung 1 Auswirkungen der Privatisierungsrechnung anhand des Bethanien-Hauptgebäudes



Quelle: BA Friedrichshain-Kreuzberg Kostenschätzung zum BürgerInnenbegehren 2005, Verkehrswertgutachten 2004, Eigene Berechnungen

Das Bethanien-Hauptgebäude verursacht reale Kosten (1) von unter 500.000 € jährlich, darin sind jegliche Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten enthalten. Für einen privatwirtschaftlichen Betreiber (2) wäre das Bethanien inklusive einer Kapitalverzinsung für unter 600.000 € jährlich zu bewirtschaften. Der Bezirk (3) hingegen muss ca. 1,4 Mio. € jährlich ausgeben. Stimmt da vielleicht etwas nicht?

Das Ergebnis des konstruierten systematischen Privatisierungszwangs lautet:

Die rot-rote Koalition konstruiert einen Privatisierungszwang, der eine Nutzung eigener Gebäude nicht mehr zulässt, obwohl diese wirtschaftlicher wäre.

Hierbei ist das Bethanien-Hauptgebäude nur eines von vielen Beispielen in der Stadt. So werden z.B. für das Nachbarschaftsheim Urbanstrasse jährlich 210.968 € (geschätzter Wert ca. 8,5 Mio. €) und für die Waldorfschule in der Ritterstrasse 544.224 € (geschätzter Wert ca. 23 Mio. €) fällig. Selbst für den alten Bunker am Anhalter Bahnhof überweist der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg jährlich 172.804 €, was einem unterstellten (Kapital)-Wert von ca. 7 Mio. € entspricht.

Das sind nur einige der absurden Beispiele. Alle bezirkseigenen Gebäude werden allerdings so bewertet; das betrifft Schulen, Jugendzentren, Kitas, öffentliche Verwaltungsgebäude und soziale Projekte jeglicher Art.

Bezirkshaushalte: Das System der Budgetierung

Im Zuge der Umstellung auf eine Kosten- und Leistungsrechnung hat sich die Form der Berechnung der Zuweisungen an die Bezirke verändert. Diese erhalten so genannte Globalbudgets vom Land Berlin zugeteilt, über deren Verwendung sie frei verfügen können. Die Höhe der Globalbudgets setzt sich aus den einzelnen Produktbudgets zusammen. Hier werden den Leistungen - z.B. einem Schulplatz - die dafür notwendigen Kosten direkt zugeordnet.

Das funktioniert so: Zunächst werden die Kosten – z.B. für einen Schulplatz – in allen Bezirken ermittelt. Diese Kosten setzen sich zusammen aus realen Ausgaben (z.B. Personalkosten oder Betriebskosten) zuzüglich einer fiktiven Kapitalverzinsung, den kalkulatorischen Kosten. Für das nächste Haushaltsjahr bekommt jeder Bezirk dann für einen Schulplatz die mittleren Kosten – genauer den Median - abzüglich der kalkulatorischen Kosten des jeweiligen Bezirkes zugeteilt. Dieser Zuweisungssatz wird dann mit der entsprechenden Anzahl der SchülerInnen multipliziert. Das Ergebnis ist die Summe (das Produktbudget), die der Senat einem Bezirk z.B. für den Bereich Schulen zukommen lässt.

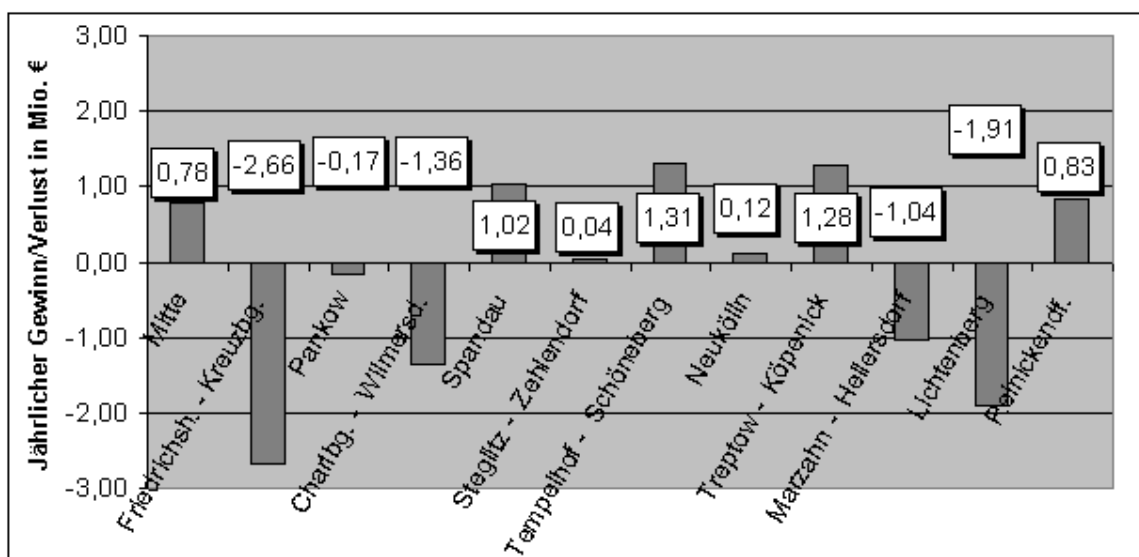
Das Problem: Insgesamt werden nach Schätzungen der IZB zwischen 460 bis 1.000 Mio. € an kalkulatorischen Kosten, also einer fiktiven Kapitalverzinsung, den Bezirken zugeordnet. Dieses „Spielgeld“ hat allerdings keinerlei Bezug zur Realität. Beispiel Bethanien: Behält der Bezirk das Gebäude hat er jährlich ca. 800.000 € weniger Geld, um z.B. seine MusiklehrerInnen zu bezahlen, verkauft er es und mietet sich ein würde er hingegen „nur“ ca. 90.000 € an tatsächlicher Kapitalverzinsung an den neuen Eigentümer überweisen.

Das Ergebnis: Die Bezirke müssen ihre öffentlichen Gebäude verkaufen, weil sie durch die fehlerhafte Bewertung im Vergleich zur Anmietung von Gebäuden exorbitant teuer sind. Ob ein Bezirk die „Leistung“ kostengünstig anbietet wird zweitrangig und die Frage, ob eine Schulstunde in einem öffentlichen oder angemieteten Gebäude stattfindet, entscheidet über „Millionenverluste“.

Kalkulatorische Kosten: Das Beispiel Schulprodukte

Die folgende Abbildung zeigt, wieviel Geld den einzelnen Bezirken – hier für Grund- u. Ganztagschulen, Hauptschulen und Realschulen - jährlich mehr oder weniger zur Verfügung steht, weil die jeweiligen kalkulatorischen Kosten einbehalten werden.

Abbildung 2 Jährlicher Gewinn/Verlust der Bezirke für Schulprodukte aufgrund kalkulatorischer Kosten



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Produktbudgets von SenFin 2006 - www.parlament-berlin.de/ados/Haupt/vorgang/h15-3092.Anlage3a-c-v.xls

Vor allem die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg (- 2,66 Mio. €) und Lichtenberg (- 1,91 Mio. €) müssen beträchtliche Einsparungen leisten. Diese kommen allerdings nicht dem Berliner Haushalt zugute, sondern andere Bezirke wie z.B. Treptow-Köpenick (+ 1,28 Mio. €) können ihre realen Ausgaben beträchtlich erhöhen. Die Ansetzung der kalkulatorischen Kosten führt nicht zu einer Ausgabenreduktion oder einem sparsameren Umgang mit Haushaltsmitteln, sondern zu einer fehlerhaften Verteilung der Geldmittel unter den Bezirken.

Die Konsequenzen:

- Die Zuweisungen haben nichts mehr mit einer wirtschaftlichen Leistungserstellung zu tun. So gibt z.B. der Bezirk Lichtenberg bei allen drei Schultypen, also Grund- und Ganztagschulen, Hauptschulen und Realschulen, real weniger aus als der Durchschnitt der Berliner Bezirke und müsste daher für seine sparsame Haushaltsführung eigentlich belohnt werden. Aber: 2 Mio. € an jährlichem Verlust durch kalkulatorischen Kosten.
- Auf Dauer kann sich natürlich kein Bezirk die Verluste leisten und die Gebäude müssen verkauft werden: Bei einer derartigen Bewertung sind öffentliche Gebäude nicht mehr finanzierbar.

Und das alles, weil das mit den Äpfeln und Melonen nicht so ganz einfach ist.

Die Initiative Zukunft Bethanien fordert:

Schluss mit dieser Privatisierungsrechnung, die den **Verkauf aller öffentlichen Gebäude** der Bezirke zur Konsequenz hat, weil für die Bezirke eine Anmietung von Räumen immer die billigere Variante ist. **Vernunft und Sachverstand** in die Köpfe der politisch Verantwortlichen, denn die öffentliche und soziale Infrastruktur wird auf Jahre hinweg geschädigt, die sozialen Folgekosten sind nicht abzuschätzen: **DAS WIRD BERLIN TEUER ZU STEHEN KOMMEN.**

Daher fordern wir:

- **Aussetzung der kalkulatorischen Kosten**
- **Transparenz darüber welche Gebäude berlinweit schon privatisierungsreif** gerechnet wurden und an den Lifo übertragen wurden
- **Transparenz über die Gebäudebewertung** und das Ausmaß des Privatisierungszwanges durch die **Veröffentlichung sämtlicher berücksichtigter kalkulatorischer Kosten** der Bezirke
- Überprüfung unterschiedlicher Bewertungsgrundlagen - insbesondere die Heranziehung des Bauwertes – und eine **Stellungnahme des Gutachterausschusses des Landes Berlins**
- Eine **Stellungnahme der Senatsverwaltung für Finanzen**

Wir fordern die Senatsverwaltung für Finanzen und das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg dazu auf, bei der öffentlichen Veranstaltung ihren BürgerInnen zu erklären, warum sie ihre Gebäude privatisierungsreif rechnen...Wir warten gespannt auf die Erklärungsversuche.

Wir fordern alle Parteien der BVV's dazu auf, Anträge über die Problematik der kalkulatorischen Kosten einzureichen, um die notwendige Transparenz herzustellen.

Wir fordern eine offizielle Stellungnahme des Gutachterausschusses zu der gewählten Bewertungsgrundlage.

Initiative Zukunft Bethanien
Bethanien-Hauptgebäude, Südflügel
Mariannenplatz 2
10997 Berlin-Kreuzberg
E-Mail: initiative@bethanien.info
Internet: <http://www.bethanien.info>